Bad Schwalbach, den 21.08.2019

Niederschrift

Gremium	Ausschuss für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung
Sitzungsnummer	21/X. Wahlperiode
Datum	Dienstag, 20. August 2019
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	18:25 Uhr
Ort	KA-Sitzungszimmer

Teilnehmer:

Stellv. Vorsitzende

Herr Roland Hoffmann	

Mitglied

Herr Klaus-Peter Güttler	
Herr Günter Heckel	
Herr Christian Kessner	
Herr Lothar Metternich	
Herr Volker Mosler	
Frau Reineke-Westphal (stellvertretend)	
Frau Inga Rossow	
Herr Harald Schmelzeisen	
Herr Winfried Steinmacher	
Herr Ali Emamalizadeh (stellvertretend)	

Dezernent

Herr Günter F. Döring	
Herr Dr. Clemens Mödden	
Herr Karl Ottes	
Herr Hans-Joachim Pirschle	

Dezernentin

Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann	

entschuldigt

Herr Paul Weimann	
Herr Frank Kilian	

Schriftführerin

Frau Yvonne Grein	

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Hoffmann eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung um 16:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses, Vertreter des Kreisausschusses und der Verwaltung.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmen zu, dass der anwesende fraktionslose Abg. Klein Rederecht im Ausschuss erhält. KB Mödden übernimmt auf Nachfrage von Abg. Mosler die Vertretung von Landrat Kilian.

Abg. Metternich schlägt vor, den TOP 12 zum Kalmenhof Idstein wegen Unzuständigkeit des Rheingau-Taunus-Kreises abzusetzen. Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorschlag bei zwei Enthaltungen einstimmig zu.

TOP 1. DS Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung vom 11.06.2019

Folgende Ergänzungen werden in die Niederschrift der Sitzung vom 11. Juni 2019 aufgenommen:

1. Frau Linke-Diefenbach hat als stellvertretendes Mitglied an der Ausschusssitzung teilgenommen.

2. Der Bericht zum Berichtsantrag Deponien der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 1. August 2018 sollte laut Protokoll der Sitzung vom 19. März 2019 in der Sitzung vom 11. Juni 2019 erfolgen. Nach Auskunft von KB Ottes lag der Bericht noch nicht vollständig vor.

Mit den o.g. Ergänzungen wird die Niederschrift einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

TOP 2. DS X/990 Prüfung von Bauschutt-/Erdaushubdeponien im Kreisgebiet auf Ablagerungskapazitäten

KB Ottes und Herr Petri erläutern die Beschlussvorlage. Ihrer Einschätzung nach werden keine neuen Deponiestandorte für Erdaushub im Rheingau-Taunus-Kreis benötigt. KB Dr. Orth-Krollmann teilt diese Auffassung.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Hoffmann, Güttler, Rossow, Metternich. Pörtner sowie KB Dr. Orth-Krollmann.

Zur Beantwortung des Berichtsantrags der CDU und FDP Kreistagsfraktionen vom 1. August 2018 wurde vom Eigenbetrieb Abfallwirtschaft nicht nur ein Bericht, sondern auch ein Beschlussvorschlag erstellt.

Abg. Pörtner schlägt vor, den Beschlussvorschlag abzulehnen und stattdessen nur den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Diesen Vorschlag übernimmt Abg. Hoffmann als Antrag.

Der Ausschuss lehnt den Antrag des Abg. Hoffmann mehrheitlich ab. Über die Beschlussvorlage wird dann abgestimmt. Dem Beschlussvorschlag wird bei zehn Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme zugestimmt.

Abstimmungsergebnis**:** **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Es besteht kein Bedarf zur Schaffung von ***neuen*** Deponiestandorten für Bauschutt und Erdaushub im Rheingau-Taunus-Kreis. Die bereits begonnenen Gespräche mit der Betriebsleitung der Firma Goerg & Schneider, Betreiber der Kaolingrube in Aarbergen-Kettenbach, zur Schaffung ***ergänzender*** Deponiekapazitäten in einem Gemeinschaftsprojekt sollen unter Einbeziehung der Gemeinde Aarbergen fortgesetzt werden.

Die verfügbaren Datengrundlagen zur Abschätzung des Deponie-/Ablagerungsbedarf für die relevanten Fraktionen Bauschutt und Erd-/Bodenaushub zeigen für den Untertaunus einen vergleichsweise nur geringen Deponiebedarf bzw. geringen Bedarf an Ablagerungskapazitäten, der in der Größenordnung von bis zu max. 10.000 t/a abgeschätzt werden kann. Inwieweit sich zukünftig der Bedarf erhöht, kann hier nicht belastbar abgeschätzt werden.

TOP 3. DS X/1045 Klimaschutz in den eigenen Liegenschaften, Berichtsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 7. Mai 2019

Abg. Reineke-Westphal bittet den Kreisausschuss um Prüfung, ob ein Klimaschutzmanager förderfähig wäre.

Der Bericht Verwaltung wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis**:** **zur Kenntnis genommen**

TOP 4. DS X/1053 Sachstand Umsetzung Wohnungsbaustrategie

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Aussprache einstimmig zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 5. DS X/1061 Memorandum CityBahn

Abg. Hoffmann bittet darum, den TOP auf die TO III des Kreistages zu nehmen. Er weist darauf hin, dass das Memorandum eine Vielzahl von Fragen offenlässt.

In der folgenden Aussprache beantwortet KB Döring die Fragen der Abg. zum Betrieb, zum Denkmalschutz, zur Führung durch Wasserschutzgebiete und zur Förderkulisse der Citybahn. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Klein, Hoffmann, Güttler, Kessner, Metternich und Rossow. Abg. Hoffmann weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion beabsichtigt, diesen TOP in der TO III des Kreistages aufzunehmen.

Abg. Hoffmann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen. Das Memorandum wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Es wird darum gebeten, dass beigefügte Memorandum
„Warum ESBO und nicht BOStrab“ des RA Kirfel zur Kenntnis zu nehmen.

TOP 6. DS X/1054 Kosten Machbarkeitsuntersuchung Aartalbahn von Bad Schwalbach nach Wiesbaden; hier: Berichtsantrag Nr. 12/19 der LINKEN-Fraktion vom 25.07.2019

Abg. Pörtner erläutert den Berichtsantrag, der sodann einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten, zu berichten, wie hoch die Kosten wären, die vom Rheingau-Taunus-Kreis für die Erstellung einer Machbarkeitsuntersuchung zur Reaktivierung der Aartalbahn zwischen Bad Schwalbach und Wiesbaden Hbf getragen werden müssten.

TOP 7. DS X/1059 Die Bundeskanzlerin beim Wort nehmen- Wann kommen die Elektro -Ladestationen?; hier: Berichtsantrag Nr. 13/19 der SPD-Fraktion vom 29.07.2019

Abg. Güttler erläutert den Berichtsantrag. Nach einer kurzen Aussprache, an der sich die Abg. Rossow und Reineke-Westphal beteiligen, wird dem Berichtsantrag einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten,

- wie viele E- Ladestationen es im RTK gibt (Bitte nach Kommunen aufschlüsseln)
- wie viele E-Ladestationen in den Kommunen neu gebaut werden sollen
- ob es bei der Installation Absprachen zwischen den Kommunen gibt
- wer die Kostenträger sind (z.B. Energieversorger, Automobilindustrie, E-Fahrzeugkäufer)
- ob es Subventionen gibt und wenn ja, wo,
- ob E-Ladestationen auch an P + R- Plätzen oder Busendhaltestellen installiert werden
- ob E-Ladestationen verstärkt in den Tourismusorten im Rheingau und im Untertaunus installiert werden
- ob die Stromnetze verstärkt werden müssen
- ob es unterschiedliche Tarife der Stromanbieter pro KWh gibt.

TOP 8. DS X/1014 Neubauvorhaben im Gewerbegebiet "Ober der Hardt", Bad Schwalbach; Grundsatzbeschluss

Zur Verfügbarkeit von Flächen im Umfeld des Kreishauses wurden von Mitarbeitern der Stadt Bad Schwalbach anscheinend unterschiedliche Aussagen gemacht. Gegenüber Abg. Pörtner wurde geäußert, dass die Skaterbahn für die Planungen des Kreises zur Verfügung stünde.

Herrn Schardt liegt ein Stadtverordnetenbeschluss und eine aktuelle Aussage vor, dass die Skaterbahn als öffentliche Fläche für Projekte der Stadt Bad Schwalbach benötigt wird.

Die Ausschussmitglieder bitten um erneute Prüfung, ob eine Erweiterung des Kreishauses auf der Fläche der Skaterbahn möglich wäre. Die Mehrheit der Ausschussmitglieder würde eine bauliche Erweiterung des Kreishauses einem zweiten Standort der Kreisverwaltung im Gewerbegebiet „Ober der Hardt“ deutlich vorziehen.

Um Informationen als Grundlage für die Entscheidung über den Neubau zu erhalten, bitten die Ausschussmitglieder den Kreisausschuss darum, dass in der nächsten Sitzung des EUKA ein Planer das Bauvorhaben und die möglichen Alternativen im Umfeld des Kreishauses in einer

Präsentation darstellt.

Auf folgende Punkte soll die Präsentation eingehen:

1. Verfügbarkeit von Flächen im Umfeld des Kreishauses
2. Bauliche Alternativen in der Nähe des Kreishauses und dafür erforderliche Erschließungsmaßnahmen wie Zufahrten und Parkplätze
3. Notwendigkeit eines Sitzungssaales
4. Raumbedarfe für alle Einheiten im Gefahrenabwehrzentrum, u.a. der operativ-taktischen Einheit
5. Welche Raumbedarfe sind auf den Kreis zurückzuführen, welche auf andere Träger z.B. die Stadt Bad Schwalbach

Die darüber hinaus bestehenden offenen Fragen werden im Vorfeld der nächsten EUKA-Sitzung von den Kreistagsfraktionen an die Verwaltung übersandt und sollen dann mit der Präsentation beantwortet werden.

Abg. Metternich beantragt die Vertagung der Beschlussvorlage.

Der Vertagung wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis**:** **vertagt**

TOP 9. DS X/1029 Berichterstattung über die Umsetzung der Kreistagsbeschlüsse zum demografischen Wandel vom 14.05. und 26.11.2007

Herr Bachmann erläutert die crossmediale Bürgerbeteiligung und berichtet, dass der JUBIS dem Beschlussvorschlag zugestimmt hat.

Abg. Kessner beantragt die getrennte Abstimmung über die Punkte 1-3 des Beschlussvorschlags.

Diesem Antrag folgt der Ausschuss und stimmt über die einzeln über die Beschlusspunkte ab.

Beschlusspunkt 1 wird einstimmig zugestimmt.
Beschlusspunkt 2 wird einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt.
Beschlusspunkt 3 wird mehrheitlich zugestimmt (eine Nein-Stimme, drei Enthaltungen)

Abstimmungsergebnis**:** **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Die Ausführungen der Verwaltung über die Umsetzung der Kreistagsbeschlüsse zum demografischen Wandel vom 14.05. und 26.11.2007 werden zur Kenntnis genommen.

2. Der Fortschreibung des Masterplans demografischer Wandel für den Rheingau-Taunus-Kreis wird zugestimmt.

3. Einem Bürgerbeteiligungsverfahren gemäß dem Strategiepapier Bürgerbeteiligung im Rheingau-Taunus-Kreis, DS X/885, Verfahrenstyp III Crossmediale Bürgerbeteiligung, wird zugestimmt.

TOP 10. DS X/1048 Forderungen der Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Schulwettbewerbs "Klasse Klima: Fridays for Future im RTK"

Herr Bachmann erläutert die Vorlage. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Mosler, Güttler, Hoffmann, Reineke-Westphal, Kessner und Metternich. Die Abg. Rossow beantragt die Änderung des Punktes drei des Beschlussvorschlags wie folgt:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, die umsetzbaren Forderungen der Schülerinnen und Schüler aufzulisten und die finanziellen Auswirkungen aufzuzeigen. Diese Auflistung ist dem Kreistag zu den Haushaltsberatungen 2020 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Abg. Hoffmann lässt über die einzelnen Punkte des Beschlusses getrennt abstimmen.

Punkt 1 und 2 des Beschlusses wird einstimmig zugestimmt.

Der von der Abg. Rossow beantragten Änderung des Beschlusspunktes 3 wird mit sechs Ja-Stimmen und fünf Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis**:** **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Das Ergebnis des diesjährigen Schulwettbewerbs „Klasse Klima-Fridays for Future im RTK“ wird zur Kenntnis genommen.

2. Der Kreistag dankt den Schülerinnen und Schülern für ihren Einsatz und ihr Engagement.

3. Der Kreisausschuss wird beauftragt, die umsetzbaren Forderungen der Schülerinnen und Schüler aufzulisten und die finanziellen Auswirkungen aufzuzeigen. Diese Auflistung ist dem Kreistag zu den Haushaltsberatungen 2020 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

TOP 11. DS X/1052 Bürgerbeteiligung Mobilitätskonzept

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Güttler, Hoffmann, Mosler und Rossow. Abg. Rossow bittet darum, den Punkt 7.3 des Strategiepapiers Bürgerbeteiligung der Niederschrift beizufügen. Einen Auszug aus dem Strategiepapier enthält die **Anlage 1** dieser Niederschrift.

Abg. Hoffmann erläutert, dass er der Bürgerbeteiligung zum Mobilitätskonzept zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen kann, da das Vertreterbegehren zur Citybahn in Wiesbaden noch aussteht. Daher beantragt er eine getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte und führt sodann die Abstimmung durch.

Dem Beschlusspunkt 1 wird einstimmig zugestimmt.
Dem Beschlusspunkt 2 wird einstimmig zugestimmt, bei zwei Enthaltungen.
Dem Beschlusspunkt 3 wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis**:** **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Der Durchführung einer Bürgerbeteiligung begleitend zur Erstellung des Mobilitätskonzepts für den Rheingau-Taunus-Kreis als Pilot-Thema wird zugestimmt.

2. Hierfür wird der Verfahrenstyp II gemäß dem am 18. Juni 2019 beschlossenen Strategiepapier Bürgerbeteiligung festgelegt.

3. Die Pilotphase der Bürgerbeteiligung startet im zweiten Halbjahr 2019.

TOP 12. DS X/996 Kalmenhof Idstein: Sternenhaus und Turnhalle nicht abreißen; hier: Antrag Nr. 15/19 der Fraktion die LINKE vom 21.05.2019, eingegangen am 22.05.2019

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

TOP 13. DS X/928 Kostenfreies Busticket für Kreisbedienstete; Berichtsantrag Nr. 31/18 der SPD-Fraktion, hier: Stellungnahme der Verwaltung

Herr Bachmann erläutert, dass derzeit eine Abfrage des RMV zum Mobilitätsverhalten der Beschäftigten des Rheingau-Taunus-Kreises durchgeführt wird. Die Ergebnisse der Befragung werden dem EUKA in seiner nächsten Sitzung vorgelegt.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Güttler und Metternich.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis**:** **zur Kenntnis genommen**

TOP 14. DS X/1002 Kostenfreies Busticket für Kreisbedienstete; hier: Antrag Nr. 18/19 der SPD-Fraktion vom 22.05.2019

Abg. Metternich schlägt die Vertagung des Antrags der SPD-Fraktion vor, damit die Ergebnisse der Befragung siehe TOP 13 in die Beratung einfließen können. Abg. Güttler übernimmt für den Antragsteller diesen Vorschlag.

Der Vertagung wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis**:** **vertagt**

TOP 15. DS X/1012 Ultranet-Trasse Abschnitt D im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Dringlichkeitsantrag Nr. 22/19 der FDP-Fraktion vom 04.06.2019

Abg. Hoffmann erläutert den Antrag und beantragt gleichzeitig eine Änderung. In Satz 3 soll die Passage „schriftlich bis zum 20.6.2019 vorliegen muss, und diese Zustimmung“ gestrichen werden.

Dem Antrag wird mit der o.g. Änderung einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises fordert die Fa. Amprion und die Bundesnetzagentur auf, im Rahmen der Bundesfachplanung und Planfeststellung für die Ultranet-Trasse im Abschnitt D alle fachlichen und rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, die vorgeschlagenen Alternativtrassen der im Rheingau-Taunus-Kreis betroffenen Städte und Gemeinden Hünstetten, Idstein und Niedernhausen zu realisieren. Hierbei sind auch die außerhalb des bestehenden Trassenkorridors verlaufenden Verlegungsvorschläge unter der Prämisse zu prüfen, dass das Gemeinwohl größerer Wohngebiete Vorrang erhält.

Der im aktuellen Vorplanungsverfahren genannten Prämisse, dass die jeweilige Zustimmung der neu von einer Teilverlagerung der Gesamttrasse betroffenen Grundstückseigentümer in sehr kurzer Zeit von den Städten und Gemeinden zu erwirken ist, wird ausdrücklich sowohl im Hinblick auf den engen Zeitablauf als auch vom Verfahren her widersprochen. Der Vorhabenträger Amprion führt die Planungen durch und sollte somit auch mit allen gebotenen rechtlichen Mitteln auf die Genehmigungen hinwirken.

TOP 16. DS X/1055 Rheingau-Taunus-Kreis erklärt den Klimanotstand; hier: Antrag Nr. 23/19 der LINKEN-Fraktion vom 25.07.2019

Abg. Pörtner erläutert den Antrag. Am 20. August 2019 ist ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion eingegangen, der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

Abg. Güttler führt aus, dass die Ausrufung eines Klimanotstandes zu weit geht und damit die Handlungsfähigkeit der Verwaltung eingeschränkt werden könnte.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Pörtner, Güttler, Mosler, Reineke-Westphal, Klein, Kessner, Metternich und Hoffmann.

Zunächst wird über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abgestimmt. Der Antrag wird einstimmig beschlossen, bei drei Enthaltungen. Sodann wird über den Ursprungsantrag in der geänderten Fassung abgestimmt.

Dem Antrag wird mehrheitlich, bei zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis**:** **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

I. Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises nimmt zur Kenntnis:

1. dass die Klimakrise eine existentielle Bedrohung für Wohlstand, sozialen Frieden und Zukunftschancen der heute lebenden, aber vor allem der nachfolgenden Generationen darstellt.

2. dass bisherige Einzelbeschlüsse und -maßnahmen des Landkreises in Sachen Klimaschutz als Schritte in die richtige Richtung zu einem Maßnahmenkatalog zu verdichten und weiterzuentwickeln sind.

3. dass der Rheingau-Taunus-Kreis seine Anstrengungen deutlich verstärken und beschleunigen muss, um seinen Beitrag zur Einhaltung der international vereinbarten Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C zu leisten.

II. Der Kreistag beschließt:

1. Klimaschutz ist eine kommunale Aufgabe hoher Priorität.

2. Der Rheingau-Taunus-Kreis übernimmt die Ziele des Pariser Abkommens wie sie von der Bundesregierung im Klimaschutzplan 2050 präzisiert wurden. Die Treibhausgasemissionen sollen bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber 1990 reduziert werden. Aus diesem Globalziel ergeben sich Emissionsminderungsziele für die einzelnen Sektoren für die nächsten 10 Jahre. Die Erfüllung dieser Ziele erfordert ein grundlegendes Umdenken und wirksame Maßnahmen in allen Bereichen.

3. Das bedeutet: Alle klimarelevanten Vorhaben, Projekte und Prozesse sind zu identifizieren, hinsichtlich ihrer Klimafolgen zu bewerten und mit Blick auf ihren Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele sowie auf Optimierungspotenziale und auf Kompensationsmöglichkeiten zu prüfen. Klimafreundlichere Alternativen sind zu entwickeln und abzuwägen

4. Der Kreisausschuss wird beauftragt, bis Mitte 2020 Strukturen und Verfahren für den Landkreis und seine Einrichtungen zu entwickeln, die sicherstellen, dass der Klimaschutz als wichtiger Aspekt kommunalen Handelns auf allen Ebenen und in allen Prozessen verankert wird.

5. Der Kreisausschuss wird gebeten, geeignete Konzepte für die Bekämpfung der Trockenheit in den Wäldern und zur Sicherung der Wasserversorgung im Kreis zu entwickeln.

TOP 17. DS X/1056 Begrünte Dächer und Barrierefreiheit für Bushaltestellen; hier: Antrag Nr. 24/19 der SPD-Fraktion vom 29.07.2019

Die Barrierefreiheit von Bushaltstellen ist bis 2022 sicherzustellen. KB Döring führt dazu aus,

dass derzeit eine Bestandsaufnahme der Bushaltestellen im Hinblick auf die Barrierefreiheit durchgeführt wird. Träger der Umbaumaßnahmen sind die Kommunen. Die Aufgabe der Bestandsermittlung wurde von der RTV übernommen, um den Abruf von Fördermitteln bündeln zu können. KB Döring sagt zu, dass er den Mitgliedern des Kreistages die Ergebnisse der bisherigen Bestandsaufnahme zur Verfügung stellt.

Auch eine mögliche Dachbegrünung oder andere Begrünungsmaßnahmen bei der Umgestaltung der Haltestellen lägen im Zuständigkeitsbereich der Kommunen.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Güttler, Hoffmann, Rossow, Metternich, Reineke-Westphal und Kessner sowie KB Dr. Orth-Krollmann.

Abg. Hoffmann schlägt vor, dass der Satz 2 der Beschlussfassung geändert wird. Anstelle von „umgesetzt" soll „geprüft" formuliert werden. Der Antragsteller schließt sich diesem Vorschlag an.

Dem geänderten Antrag wird einstimmig zugestimmt, bei einer Enthaltung.

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der KA wird gebeten, die RTV zu bitten, mit Nachdruck das Projekt „Barrierefreie Bushaltestellen" mit den Kommunen des Rheingau Taunus Kreises voranzutreiben, da die Bushaltestellen bis 2022 faktisch barrierefrei sein sollen.

Verbunden damit soll das Projekt „Begrünte Bushaltestellen für Artenvielfalt" mit den Kommunen geprüft werden.

TOP 18. DS X/1071 Resolution Beseitigung Bahnübergang B42; hier: Antrag Nr. 30/19 der CDU-Fraktion vom 22.07.2019, eingegangen am 31.07.2019

Abg. Metternich führt aus, dass ein gleichlautender Beschluss von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüdesheim gefasst wurde. Er bittet um Zustimmung.

Abg. Güttler führt aus, dass Hessen Mobil in einem Termin am 14. Juni 2019 darüber informiert hat, dass bei allen Planungsvarianten mindestens mit einer Sperrzeit von mehr als zwei Jahren zu rechnen ist. Daher schlägt er vor, den Punkt 1.3 der Resolution wie folgt zu ändern:

Im Rahmen der Bauzeit einer möglichen Variantenrealisierung ist darauf hinzuwirken, dass eine Vollsperrung der B 42 und damit eine wirtschaftliche Schädigung des Stadtteils Assmannshausen sowie der Stadt Lorch soweit wie möglich vermieden werden.

Der Antragsteller übernimmt diesen Vorschlag. Über die Resolution wird abgestimmt. Der Ausschuss stimmt einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreistag stellt sich bzgl. des Problems der Beseitigung des Bahnübergangs B 42 an die Seite der Stadt Rüdesheim am Rhein sowie der betroffenen Anrainerkommunen im Rheingau. In diesem Zusammenhang stellt der Kreistag fest, dass die derzeit in der Machbarkeitsstudie vier untersuchten Varianten eine kurzfristige Lösung des Problems sind, allerdings die Beseitigung des Güterverkehrs aus dem Mittelrheintal eine optimale Lösung darstellt.

1.1 Die derzeit in der Machbarkeitsstudie untersuchten „kurzfristigen" Varianten von einer Ober- bzw. Unterführung der B 42 dürfen den geltenden UNESCO-Welterbestatus nicht gefährden.

1.2 Der Kreistag ist der Auffassung, dass die Beseitigung des Bahnübergangs B42 beschleunigt vorangebracht und vor Beginn der BUGA im Jahr 2029 durchgeführt und abgeschlossen sein muss.

1.3 Im Rahmen der Bauzeit einer möglichen Variantenrealisierung ist darauf hinzuwirken, dass eine Vollsperrung der B 42 und damit eine wirtschaftliche Schädigung des Stadtteils Assmannshausen sowie der Stadt Lorch soweit wie möglich vermieden werden.

2. Der Kreistag bekräftig sein Votum und bittet den Kreisausschuss, sich weiterhin für eine langfristig und nachhaltig tragbare Situation durch eine alternative Güterverkehrstrassenführung ohne Belastung eines anderen Kreisteils einzusetzen.

TOP 19. DS Verschiedenes

KB Pirschle informiert darüber, dass die Baumaßnahme K 666 in der Ortsdurchfahrt Lindschied aufgehoben wird. Die Anforderungen des Kreises und der Stadt Bad Schwalbach zur Barrierefreiheit können zum jetzigen Zeitpunkt nicht in Übereinstimmung gebracht werden.

Abg. Hoffmann dankt den Anwesenden und schließt die Sitzung um 18:25 Uhr.

Bad Schwalbach, 22. August 2019

(Roland Hoffmann)
Stellv. Ausschussvorsitzender

(Yvonne Grein)
Schriftführerin